

Otte begrüßt AKK-Vorstoß

MÜNCHEN. Mit einem Nationalen Sicherheitsrat und schnelleren Parlamentsbeschlüssen will Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer Deutschland auf größere militärische Aufgaben vorbereiten. In einer Grundsatzrede vor dem Führungsnachwuchs der Bundeswehr in München präsentierte die CDU-Chefin gestern ihr neues Selbstverständnis für die Bundeswehr als direkte Konsequenz auf Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus und autoritäre Mächte.

Der Celler Bundestagsabgeordnete und verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion Henning Otte begrüßte den Vorstoß. Nötig sei eine Abkehr von der bequemen Haltung, in Einsätzen vorzugsweise die Logistik und medizinische Versorgung zu übernehmen, sagte er. „Wenn wir mehr Verantwortung übernehmen, dann gehören dazu auch robuste Einsätze.“ **» Politik | Seite 4**

VON DANIELA VATES

MÜNCHEN. Knapp drei Wochen nach ihrem umstrittenen Vorstoß für eine Sicherheitszone in Nordsyrien hat Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) ihre sicherheitspolitischen Vorstellungen präzisiert und dabei unter anderem mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr ins Gespräch gebracht.

Deutschland habe erkannt, „dass wir mehr Verantwortung übernehmen müssen“, sagte Kramp-Karrenbauer in einer Rede an der Bundeswehruniversität in München. „In dieser Erkenntnis steckt aber ein Versprechen, das wir noch nicht vollständig eingelöst haben.“

Die europäischen Staaten müssten materielle und moralische Lasten internationaler Verantwortung gemeinsam tragen. „Dazu gehört letztendlich auch die Bereitschaft, gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern das Spektrum militärischer Mittel wenn nötig auszuschöpfen.“ Als Beispiel für ein neues Engagement der Bundeswehr nannte Kramp-Karrenbauer eine Region, die bislang nicht im Gespräch war: „Unsere Partner im indopazifischen Raum – allen voran Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien – fühlen sich von Chinas Machtanspruch zunehmend bedrängt. Sie wünschen sich ein klares Zeichen der Solidarität.“

Die Ministerin, die als CDU-Chefin unter großem innerparteilichen Druck steht, forderte auch die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats. Dieser solle Diplomatie, Militär, Wirtschaft und Handel, innere Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit koordinieren und dadurch die Sicherheitspolitik umfassender vorbereiten als der bisher bestehende Bun-

AKK will mehr Soldaten in Auslandseinsätze schicken

Die Kontroverse ist vorhersehbar: Die Verteidigungsministerin fordert einen Nationalen Sicherheitsrat



„Wir müssen mehr Verantwortung übernehmen“: Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer am Donnerstag während ihrer Rede an der Bundeswehruniversität in München. FOTO: SVEN HOPPE/DPA

dessicherheitsrat. Er solle zu einem Ort werden, „der die verlässliche Koordination unserer strategischen Instrumente gewährleistet“, sagte sie. Zudem regte AKK an, die Abstimmungen im Bundestag über Bundeswehrmandate zu beschleunigen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete den Vorschlag eines nationalen Sicherheitsrates als richtige Idee. Merkel sagte, man habe dies innerhalb der Unionsparteien schon seit Jahren erwogen: Doch bisher sei es nicht möglich gewesen, dies in Koalitionsverträgen zu verankern.

Die SPD reagierte reserviert auf den Vorstoß der CDU-Chefin, die Bundeswehr in mehr Auslandseinsätze zu

schicken. „Man kann nicht pauschal ‚mehr Einsätze‘ fordern, sondern muss im Einzelfall prüfen, ob ein Einsatz notwendig ist und die Fähigkeiten dazu vorhanden sind“,

sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Fritz Felgentreu, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Der SPD-Politiker warnte vor nationalen Allein-

Macron: „Die Nato ist hirntot“

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat den Zustand der Nato mit drastischen Worten kritisiert. Das Verteidigungsbündnis sei „hirntot“, sagte Macron dem britischen Wirtschaftsmagazin „Economist“. Es gebe bei strategischen Entscheidungen keine Koordination zwischen den Nato-Ländern und den USA. „Wir sind Zeugen eines Angriffs eines anderen Nato-Partners, der Türkei, ohne Abstim-

mung, in einer Region, in der unsere Interessen auf dem Spiel stehen“, sagte Macron zur türkischen Invasion in Nordsyrien, die international massiv kritisiert worden war. Macron warnte zudem die europäischen Länder, dass diese sich nicht mehr auf die USA verlassen könnten. Bundeskanzlerin Angela Merkel wies den Vorwurf, die Nato sei „hirntot“, zurück: „Diese Sichtweise entspricht nicht meiner.“

gängen: „Wir machen nichts jemals allein. Aber alle europäischen Mächte haben das gleiche Problem: Sie haben jahrzehntelang ihre militärischen Fähigkeiten abgebaut und sind jetzt bei veränderter Lage in einem zähen Prozess dabei, Wiederaufbauarbeit zu leisten – wir auch. Dass sich das wesentlich beschleunigen lässt, glaube ich nicht.“

Der Grünen-Außenexperte Omid Nouripour wandte sich zudem gegen die Forderung nach einem Nationalen Sicherheitsrat für Deutschland: „Wenn der Wille zur Abstimmung zwischen den Ministern da ist, dann braucht es kein Koordinationsgremium. Und wenn er nicht da ist, hilft auch ein Nationaler Sicherheitsrat nichts.“